

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 24

Charlottenburg, Freitag, den 15. Juni 1917

Jahrg. 44

Kriegsbeschädigte und Gewerkschaften.

I.

Wenn die Gewerkschaften aller Richtungen sich gegen die Gründung einer Sonderorganisation der Kriegsbeschädigten wandten, so berechtigte sie hierzu einmal ihre gesamte Tätigkeit zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder, weiter aber die besonderen Pflichten, die sie sich den Kriegsbeschädigten gegenüber von vornherein als selbstverständlich auferlegten.

Nach dem offiziellen Bericht über die Verhandlungen in Essen zur Gründung eines Verbandes der wirtschaftlichen Vereinigungen Kriegsbeschädigter führte der Vorsitzende gegen die Rundgebung der Gewerkschaften folgendes aus:

„Die Gewerkschaften haben gegen uns Stellung genommen. Ich bin aber davon überzeugt, daß, wenn wir uns gemeinsam an einen Tisch setzen und uns einmal kennen lernen, wenn die Gewerkschaften von A bis Z von uns wissen, was wir wollen und wir erfahren, welches Arbeitsfeld die Gewerkschaften für sich in der Fürsorge beanspruchen, dann eine Verständigung erzielt wird. Den Vorwurf aber kann ich den Gewerkschaften nicht ersparen, daß sie öffentlich gegen uns geschrieben haben, ohne uns erst kennen zu lernen.“

Das ist umgekehrt gerade der Vorwurf, den die Organisationen der Arbeiter und Angestellten den Gründern der Sonderorganisation zu machen haben, die anscheinend die Gewerkschaften nicht kennen und gänzlich unberücksichtigt ließen, was die Verbände bereits auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge geleistet haben, bevor an die Gründung besonderer Vereinigungen der Kriegsbeschädigten zu denken war. Die Gewerkschaften haben sich der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten aber nicht nur aus rein menschlichem Mitleid angenommen, sondern aus der Erkenntnis, daß eine durchgreifende Fürsorge sowohl im Interesse ihrer kriegsbeschädigten Mitglieder als auch im Interesse aller übrigen Arbeiter und Angestellten unerlässlich ist. Der Kriegsbeschädigte muß davor geschützt werden, daß seine verminderte Arbeitskraft und seine Rente dazu ausgenutzt werden, ihn als Lohndrücker gegen seine Arbeitsgenossen zu mißbrauchen. Schon diese Aufgabe allein bietet den Kriegsbeschädigten die Gewähr, daß die Gewerkschaften sich ernstlich ihrer Interessen annehmen werden. Und wo sie es irgend etwa daran fehlen lassen sollten, haben die kriegsbeschädigten Mitglieder jederzeit Gelegenheit, ihre Wünsche und Beschwerden geltend zu machen und Anregungen zu geben.

Die Vereinigungen der Kriegsbeschädigten wollen die wirtschaftliche Sicherstellung ihrer Mitglieder. Der Begriff der wirtschaftlichen Sicherstellung ist, wie für alle Arbeiter und Angestellten, so auch für die mehr oder minder erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten, nur relativ. Um eine absolute Sicherstellung kann es sich lediglich für die Ganzinvaliden handeln, und zwar durch auskömmliche Rentenversorgung. Das geltende Mannschafftsversorgungsgesetz ist allgemein als reformbedürftig anerkannt. Zu seiner Neuregelung will nun der Kriegsbeschädigtenverband den Parlamentariern aller Richtungen mit Material zur Hand gehen. Das ist auch alles, was er dazu tun könnte. Ist er darum aber notwendig? Die Gewerkschaften und die Arbeitersekretariate erhalten von ihren kriegsbeschädigten Mitgliedern

Material genug. Ihre Funktionäre sind in der Sichtung und Bewertung des Materials geschult und ihre parlamentarischen Vertreter haben vornehmlich die Aufgabe, an dem Ausbau der Sozialgesetzgebung im Sinne der Bedürfnisse und Forderungen der Arbeiter und Angestellten mitzuwirken. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist nicht mehr wie ehemals eine Ressortangelegenheit der Kriegsministerien, sondern fernerhin ein Teil unserer Sozialgesetzgebung. In den Sonderausschüssen des Reichsausschusses für die Kriegsbeschädigtenfürsorge, der sich seit geraumer Zeit auch mit der Reform des Mannschafftsversorgungsgesetzes befaßt, sind die Gewerkschaften ebenfalls tätig. Durch die Gewerkschaften ist somit eine sachkundigere, energischer und erfolgversprechendere Verfechtung der berechtigten Anforderungen der Kriegsinvaliden gewährleistet, als sie durch irgend eine Vereinigung von Kriegsbeschädigten, die zu diesem Zweck um die Gunst aller Parteien werben will, möglich wäre.

Brüht man den Einwand, ein großer Teil der Kriegsbeschädigten sei entweder zuvor nicht gewerkschaftlich organisiert gewesen oder ein anderer erheblicher Teil derselben bleibe dauernd erwerbsunfähig und damit zugleich organisationsunfähig, so erweist er sich weder als Befürchtung zutreffend noch als Behauptung und damit auch nicht als stichhaltig zur Rechtfertigung der Gründung von Sonderorganisationen. Selbst wenn man den Gewerkschaften unterstellen wollte, sie sorgten nur für ihre kriegsbeschädigten Mitglieder, unbekümmert um die unorganisierten Kriegsinvaliden, so steht dem entgegen, daß jedwede Verbesserung der Versorgungsgesetzgebung ausnahmslos allen Kriegsbeschädigten zugute kommen muß. Abgesehen davon, daß auch ein Teil der Kriegsinvaliden gewordenen Mitglieder der Gewerkschaften ihren Verbänden nicht ohne weiteres den Rücken kehren wird, und daß andererseits es sich immer noch um die Väter, Söhne oder Brüder der Gewerkschaftsmitglieder handelt. Für die noch erwerbsfähigen bisher unorganisierten kriegsbeschädigten Arbeiter und Angestellten aber erweist sich der Anschluß an ihre wirtschaftliche Organisation notwendiger denn je zuvor, und kann durch die Zugehörigkeit zu irgend einer Kriegsbeschädigtenvereinigung nicht ersetzt werden.

Während nun leider ein Teil der Kriegsbeschädigten als gänzlich invalide aus den Reihen der Erwerbstätigen ausscheiden wird, so scheiden andererseits alle diejenigen aus dem Kreise der Kriegsbeschädigten aus, die wieder in den Vollbesitz ihrer Arbeitskraft gelangen. Die große Mehrzahl der Kriegsbeschädigten aber erlangt einen mehr oder minder hohen Grad der früheren Erwerbsfähigkeit zurück. Damit ist denn auch die Hauptaufgabe der Fürsorge für die geheilten Kriegsbeschädigten gegeben: ihre geeignete Unterbringung auf dem Arbeitsmarkt und die Wahrnehmung ihrer Lohninteressen. Daß die Gewerkschaften die zur Lösung dieser Aufgabe berufenen Organisationen sind, das mußte auch auf der Delegiertenversammlung der Kriegsbeschädigten in Essen zugegeben werden.

In ihren Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmervereinigungen zur Wiedereinstellung der Kriegsbeschädigten haben die Gewerkschaften auch den Beweis erbracht, daß sie sich der Interessen der Kriegsbeschädigten tatkräftig annehmen. In den Berufen und Industrien, für die solche Arbeitsgemeinschaften bis jetzt noch nicht bestehen, liegt es nicht an den Gewerkschaften, sondern an dem ablehnenden Verhalten der Arbeitgeberverbände.

Doch auch in diesen Fällen werden die betreffenden Berufsverbände weiterhin auf eine Regelung dringen, inzwischen aber ihren kriegsbeschädigten Kollegen auch ohne Arbeitsgemeinschaft nach besten Kräften behilflich sein. Bei der Erwerbstätigkeit der Kriegsbeschädigten, die nicht mehr ihre volle Arbeitskraft einsetzen können, kommt es in besonderem Maße auf ein verträgliches Zusammenarbeiten mit den Arbeitskollegen an, und auf eine unparteiische paritätische Schlichtungsinstanz zur Festsetzung und Nachprüfung der Arbeitsbedingungen, zur Untersuchung und Abstellung von Beschwerden, sowie zur Beilegung von Streitigkeiten. Hier kann keine Organisation der Kriegsbeschädigten, sondern lediglich die Berufsorganisation helfen.

Kostenlose Rechtsauskunft und Rechtsberatung, wonach die neue Vereinigung erst suchen muß, haben die Gewerkschaftsmitglieder längst. Und selbst diejenigen Arbeiterssekretariate, die nur Organisierten offen stehen, erteilen auch den nicht oder nicht mehr organisationsfähigen Personen, in unserem Falle den erwerbslosen Kriegsbeschädigten, bereitwilligst Auskunft. Eine weitere Forderung ist die Errichtung besonderer Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte oder doch besonderer Abteilungen bei den allgemeinen Arbeitsnachweisen. Bei den großstädtischen Arbeitsnachweisen bestehen bereits besondere Abteilungen. Wo solche aber noch nicht eingerichtet sind, obgleich ein Bedürfnis dazu vorliegt, ist es Sache der örtlichen Gewerkschaftskartelle, auf ihre Schaffung hinzuwirken. An kleineren Orten dagegen kann die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte zu besonderen Stunden getrennt erfolgen, was ebenfalls ohne Sonderorganisation zu erreichen ist. Wo dennoch notwendig erscheinende Maßnahmen nicht getroffen werden, müssen die Kriegsbeschädigten in ihrer Berufsorganisation dafür eintreten.

Bereits auf ihrer Kölner Tagung im August 1916 haben die Vertreter der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände betont, daß die lokale Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge und damit auch die Berufsberatung noch lange nicht das ist und so ist, wie sie sein soll und sein muß. Was jedoch dabei zu verbessern ist, das wird durch den Einfluß sämtlicher Gewerkschaftsrichtungen mindestens ebenso rasch und gründlich geschehen, als durch den Verband der Kriegsbeschädigten. Ueberdies stehen die Gewerkschaften durchaus nicht an, mit ihrer Vertretung in den Ortsausschüssen und den Berufsberatungsstellen auch geeignete kriegsbeschädigte Kollegen zu betrauen.

Konferenz der Glasarbeiter.

Der Hauptvorstand des genannten Verbandes hielt gemeinsam mit dem Verbandsausschuß und den Gauleitern eine Konferenz ab, in der zu den wichtigsten organisatorischen Fragen Stellung genommen wurde.

Ueber „Unsere Lohnbewegungen und die gegenwärtige Teuerung“ referierte der Verbandsvorsitzende. Die Organisation hat nach besten Kräften die Lebenshaltung aller Glasarbeiter gefördert. Da die Gewinne der großen Aktiengesellschaften auch während der Kriegszeit stiegen und die Gewinne der privaten Betriebe nicht geringer sein dürften, so können die von den Industriellen gemachten Zugeständnisse nicht als ausreichend bezeichnet werden. Das Verlangen der Glasarbeiter geht dahin, für ausreichende Lohnerhöhungen einzutreten.

Vom Hauptvorstand wurde eine Denkschrift vorgelegt, in der die sozialen Verhältnisse der Glasarbeiter dargelegt sind. Diese Denkschrift soll dem Reichskanzler überwiesen werden. Die Konferenz nahm eine Entschließung an, in der ausgesprochen wird, daß die von den Glasindustriellen während der Kriegszeit gezahlten Lohnzulagen als nicht ausreichend und zur Erhaltung der Arbeitskräfte notwendig bezeichnet werden. Insbesondere hätten sich die Mitglieder des Schutzverbandes deutscher Glasfabriken den Anträgen auf Lohnerhöhung gegenüber ablehnend verhalten. Die Konferenz spricht aber auch aus, daß der Widerstand der Unternehmer gegen eine Erhöhung der Arbeiterlöhne zu Teil die Zaghaftigkeit und Ungleichgültigkeit der Arbeiter zurückzuführen ist. Deshalb erachtet es die Konferenz als Pflicht der Arbeiter, energischer und konsequenter auf eine höhere Teuerungszulage durch die Unternehmer zu dringen. — Die Konferenz erhob ferner Protest gegen die Art und Weise, wie die Lebensmittelverteilung im Reich betrieben wird. Die Konferenz erwartet von den Arbeitern, daß sie unbeeinträchtigt und unbeflüßelt von interessierten Seiten die Wege einschlagen, die zu einer besseren Lebens-

lage für sie führen. Diese Wege sind den Kollegen sowohl aus dem Verbandsstatut wie aus verschiedenen Urregungen in Lohn- und Arbeitsfragen bekannt. Insbesondere werden die Kollegen auf eine Denkschrift verwiesen, die soeben an den Reichskanzler gerichtet worden ist und in der verlangt werden: Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, Beseitigung der Nachtarbeit, Beseitigung der Sonntagarbeit, Nichtbeschäftigung von Knaben, Mädchen und Frauen an Glasöfen usw., Herbeiführung einheitlicher Arbeitszeugnisse, Einführung einheitlicher Lohnsätze (Tarife), Beseitigung von Sonderverträgen über Lohnzahlung, Kündigungszeit oder Entlassung, entgegen den Vorschriften in §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung, Ablehnung der Verpflichtung zur Beschaffung von Hilfsarbeitern durch die Meister und Entlohnung der Hilfsarbeiter auf Kosten der Meister; Ablehnung der Beschaffung und Erhaltung von Arbeitswerkzeugen oder sonstigem Arbeitsmaterial auf Kosten der Arbeiter. Dagegen Anspruchserhebung auf Entschädigung von Feierschichten wegen schlechten Ofenganges, Lohnverlusten wegen schlechten Glases oder sonstiger Betriebsstörungen; Beschaffung des Vorschußnehmens auf noch zu verdienenden Lohn und auf Reisevorschüssen, die nachträglich vom Lohn in Abzug zu bringen wären; entschiedenes Eintreten auf Besserung der Betriebsräume in gesundheitlicher Beziehung jeder Art, namentlich aber auch der Wohn- und Schlafräume.

Die Konferenz sieht in der Verwirklichung dieser Forderungen, die sie als Pflichterfüllung für die Mitglieder aufstellt, eine immense Förderung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter für alle Zeiten und erwartet von ihnen, in dieser Weise zu wirken.

Die Konferenz nahm dann zu organisatorischen Fragen Stellung. Die Gauleiter führten lebhaft Beschwerde, daß die Industriellen auch in der gegenwärtig so schweren Zeit den Versuch unternehmen, die Glasarbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechts zu hindern. Durch Gründung von gelben Werkvereinen, Konsumanstalten usw. werden die Glasarbeiter von ihrer Gewerkschaftsorganisation abzuhalten versucht. Ein bekanntes Mittel ist es, den Mitgliedern der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Verbände Vorteile in den Konsumanstalten zu gewähren. Das bedeutet eine schwere Gefahr für die Arbeiterorganisationen, denn die Unternehmer verlangen den Beitritt zu diesen Organisationen, ehe sie aus den Konsumanstalten Vorteile gewähren. Die hier eingeschlagenen Wege zeigen, daß die Glasarbeiter nach dem Kriege die gleichen schweren Kämpfe vor sich haben wie früher. Bedauert wurde, daß sich die Industriellen sträuben, die geringen Verbesserungen des Hilfsdienstgesetzes durchzuführen. Für zahlreiche Betriebe sind die in diesem Gesetz vorgesehenen Arbeiterausschüsse noch nicht gewählt und Beschwerden führen nur langsam zum Ziel. Schließlich wurde die Haltung der Gewerkschaften, besonders die der Generalkommission zu verschiedenen Regierungskundgebungen und zur Ernährungsfrage besprochen. Hierzu nahm die Konferenz folgende Entschließung an:

Die Konferenz kann sich mit der Haltung der Generalkommission, wie sie von ihr zu den bekannten Kundgebungen von Regierungsstellen und des Generalkommandos eingenommen worden ist, sowie mit ihrem Verhalten zu der Handhabung des Hilfsdienstgesetzes, wie sie namentlich in lehrer Zeit von den entscheidenden Stellen beliebt wurde, nicht einverstanden erklären. Sie ist der Meinung, daß, nachdem alle von den Arbeitervertretern gestellten weitergehenden Anträge, welche eine wesentliche Förderung der Ernährungsweise der im Hilfsdienst Arbeitenden zum Zwecke hatten, abgelehnt wurden, und ferner, nachdem auch der Antrag auf Anbauzwang der Landwirte abgelehnt worden ist, die Mitglieder der Generalkommission ihre weitere Mitwirkung im Ernährungsamt zu versagen haben.

Aus unserem Berufe.

Selb. Teuerungszulagen in der Porzellanindustrie. Zu diesem Thema wird uns geschrieben: Die Verteuerung der Lebensmittel und aller sonstigen Bedarfsartikel ist in unserm Bezirke nicht minderen Umfanges als in allen übrigen Teilen Deutschlands. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Porzellanarbeiter haben sich aber nicht gebessert gegenüber der Zeit vor dem Kriege, von einigen geringen Ausnahmen abgesehen. Wohl versucht der einzelne, besonders die Arbeiter, durch übermäßiges Abrackern, durch Ueberstunden zu sein Einkommen nach Möglichkeit aufzubessern, die Herren Fabrikanten lassen es jedoch an jedem Entgegenkommen, an jedem Verständnis für die schwere Not, unter der die hiesige Porzellanarbeiterschaft während der Kriegszeit leidet, fehlen.

Nur die Firmen Ph. Rosenthal & Co., U. Gutschenreuther und P. Müller zahlen eine Steuerzulage in der gewiß bescheidenen Höhe von 4 bis 12 Mk. monatlich. Auch diese Zulagen können bei weitem nicht als Ausgleich, als Schutz gegen die schlimmste Unterernährung, angesehen werden.

Die Firmen Heinrich & Co., Krauthelm & Adelberg, Gräf & Krippner, sowie Kieber zahlen überhaupt keine Steuerzulage. Alle vorgenannten Firmen gehören dem „Schutzverein deutscher Porzellanfabriken“ an, haben demzufolge die Verkaufspreise für ihre Waren während des Krieges um ca. 110 Prozent erhöht, von diesem nicht unbeträchtlichen Mehreinkommen aber auch ihrer Arbeiterschaft einen kleinen Teil zukommen zu lassen, fällt ihnen nicht ein. Allerdings, jeder Kenner der hiesigen Verhältnisse ist dadurch nicht überrascht worden, weil er das soziale Verständnis der Inhaber und Leiter dieser Firmen niemals höher einschätzen konnte. Die Arbeitslöhne sind eben neben anderen auch nur ein Konto im Hauptbuche, damit ist die Arbeiterfrage für sie schon erledigt.

Die Firma Heinrich & Co. gab auf eine schriftliche Eingabe ihrer Arbeiterschaft wegen Gewährung einer Steuerzulage nicht einmal eine Antwort, ein Verfahren, das bei jedem Unternehmer, der sich auch den Arbeitern gegenüber zur Erfüllung der elementarsten Anstandspflichten bemüht, ausgeschlossen bleiben müßte. Auf eine persönliche Intervention der Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes erklärte Herr Heinrich, er tue ohnehin schon, was er könne, eine Steuerzulage könne er aber nicht gewähren. Was Herr Heinrich damit sagen wollte, ist den Arbeitern nicht klar geworden, sie haben jedenfalls noch nichts davon zu spüren bekommen, daß für sie etwas getan worden wäre. Vielleicht hat Herr Heinrich Ausgaben gehabt, die den Arbeitern nicht bekannt sind, können das aber nicht als stichhaltigen Grund ansehen, daß ihnen die Steuerzulagen verweigert werden. Ja, Herr Heinrich erklärte noch, er hätte während des Krieges schon einige hunderttausend Mark draufgezahlt. Nun zerbrechen sich die Arbeiter die Köpfe darüber, wo Herr Heinrich, der an seiner Fabrik immer nichts verdient hat, die Hunderttausende hergenommen haben mag, die er während des Krieges zusetzte. Wenn Herr Heinrich dann noch sagte, wenn sich der eine oder der andere Arbeiter in einer Notlage befände, soll er zu ihm kommen, dann würde er etwas gewähren, so müssen solche Worte doch einen eigentümlichen Eindruck bei den Arbeitern hinterlassen. Gerade, weil die gesamte Arbeiterschaft sich in einer drückenden Notlage befindet, wandte sie sich an ihn, um Erleichterung zu erhalten durch Gewährung einer allgemeinen Steuerzulage. In demselben Atemzuge, in dem solches Verlangen abgelehnt wird, wird es als Gnadengeschenk für den einzelnen in Aussicht gestellt. Der Arbeiterschaft wäre es nicht uninteressant, von Herrn Heinrich erfahren zu können, in welcher Situation sich ein Arbeiter befinden muß, ehe Herr Heinrich eine „Notlage“ als vorliegend anerkennt?

Doch auch hier, wie immer und überall, sind nicht die Unternehmer die allein Schuldigen. Das Verhalten dieser Unternehmer ist nur möglich, wenn sie eine Arbeiterschaft vor sich haben, der sie das bieten dürfen. Die „Selb“er Porzellanarbeiter werden wohl allmählich noch einsehen lernen, daß sie einen schweren Fehler begingen, als sie ihre örtliche Organisation von ihrer früheren Höhe auf ihren heutigen Stand hinabgleiten ließen. Die „Beitragsparer“ werden schließlich auch noch einsehen lernen, für wen sie gespart haben. Das Wimmern und Klagen hilft nichts. Auch Lohnfragen sind letzten Endes Machtfragen, die durch den einzelnen, weil machtlos, eben nicht gelöst werden können. Das Mitbestimmungsrecht bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist es, was den Selb“er Porzellanarbeitern in der Hauptsache fehlt. So lange die dortigen Porzellanarbeiter den Verband nicht auf eine achtunggebietende Höhe bringen, werden sie damit rechnen müssen, daß alle ihre Wünsche und Forderungen, mögen sie noch so berechtigt und leicht erfüllbar sein, immer wieder mit nichtsagenden Redensarten abgetan werden, wie ihre nur allzu berechtigten Forderungen auf Gewährung von Steuerzulagen. Das Verhalten der Selb“er Unternehmer in der Steuerzulagen-Angelegenheit sollte auch dem rückständigsten Arbeiter, auch der letzten Arbeiterin die Augen darüber geöffnet haben, was für den Arbeiter notwendig ist, wenn er sein Recht ans Leben mit Erfolg geltend machen will. Wer von unsern Kolleginnen und Kollegen versteht, die richtigen Schlussfolgerungen aus dem Verlauf der Steuerzulagen-Bewegung zu ziehen, der wird sich mit Feuer und Schwert in die Werbearbeit für unseren

Verband stürzen. Damit wäre die allein richtige und notwendige vorsorgende Tätigkeit für die Zukunft erfüllt.

Walzburg. Wir berichteten vor einiger Zeit über die Differenzen, die bei der Firma Krister auszubrechen drohten. Die Ursache war, wie erinnerlich sein dürfte, hauptsächlich eine vorgenommene Reduzierung der zuerst gezahlten Steuerzulagen. Gelegentlich dieser Berichte erwähnten wir allerdings nicht besonders, daß die Firma Steuerzulagen gewährt. Dies war ja auch für jeden Leser selbstverständlich, da man sonst keine Reduzierungen vornehmen konnte. Es wurde nun von der Betriebsleitung unseren Kollegen gegenüber geäußert, die Berichte seien nicht den Tatsachen entsprechend. Wir denken natürlich nicht daran, irgend welche aner kennenswerte Zugeständnisse einer Firma absichtlich zu verschweigen. Man kann aber einen Bericht über die Erfolge und Resultate einer Bewegung erst nach Beendigung derselben an die Öffentlichkeit bringen. Und beendet hieltten wir die Bewegung um Steuerzulagen bei Krister noch nicht und sie wird auch jetzt noch nicht als beendet angesehen, wie neuerliche Beratungen des Arbeiterausschusses ergaben. Um aber die, wenn auch nur scheinbare Berechtigung, Vorwürfe über unsachgemäße Schreibweise zu erheben, aus der Welt zu schaffen, wollen wir nachstehend das bis jetzt Gewährte veröffentlichen.

Im Februar bewilligte die Firma Krister folgende Zulagen: Verheirateten Arbeitern pro Woche 4 Mk., verheirateten Arbeiterinnen pro Woche 2,50 Mk., ledigen Arbeitern und Arbeiterinnen pro Woche 1,50 Mk.

Hierbei wurden jedoch viele Ausnahmen gemacht. Solche Personen, die während dem Kriege schon Lohnaufbesserungen erhielten, bekamen gar keine Zulagen oder nur teilweise. Unter anderen wurden zuerst auch die Kriegerfrauen davon ausgeschlossen. Die Folge davon war eine große Unzufriedenheit mit dem System der Zuteilung, die auch in dem kurzen Streik der unorganisierten Brennhausarbeiterinnen zum Ausdruck kam. Die Arbeiterschaft beschäftigte sich in einer großen Betriebsversammlung mit dieser Frage und es wurden der Firma entsprechende Änderungsvorschläge gemacht. Auf diese ging man jedoch seitens der Betriebsleitung nicht ein, sondern wandelte die Zulagen in prozentuale um. Dies war eine Reduzierung der Zulagen für die meisten Beschäftigten, und besonders empfindlich traf es die Verheirateten. Schätzungsweise zahlte die Firma durch die Umwandlung um $\frac{1}{3}$ weniger. Dagegen wurde wiederholter Einspruch erhoben, der jedoch von der Betriebsleitung unbeachtet blieb, sodaß es wiederum bald zu ernstern Differenzen gekommen wäre. Jetzt erhalten männliche gelernte Arbeiter $12\frac{1}{2}$ Proz., Druckerinnen und Malerinnen $7\frac{1}{2}$ Proz. und die übrige Arbeiterschaft 10 Proz. Auch sonst sind verschiedene Lohnzulagen erfolgt.

Obgleich die Verdienste bei der Firma Krister im allgemeinen bessere sind, als wie in Altwasser und Nieder-Salzburg, sind diese angesichts der furchtbaren Teuerung noch lange nicht ausreichend. Die Firma wird sicher auch einer weiteren Erhöhung der Zulagen eine wohlwollende Prüfung angedeihen lassen müssen.

Die organisierten Porzellanarbeiter Oesterreichs hielten auf Einberufung durch den Verbandsvorstand am Sonntag, 20. Mai cr. je eine Betriebskonferenz ab in Altrohlau bei Karlsbad und in Turn bei Tepliz. Diese Konferenzen befaßten sich u. a. mit den Fragen über Gewährung einer weiteren Steuerzulage, sowie über die Notwendigkeit einer Unterstützungsaktion für die durch die Kohlennot arbeitslos gewordenen Porzellanarbeiter. In Altrohlau waren 18 Porzellanfabriken und 4 Kaolinschächte durch 34 Delegierte, in Turn 15 Betriebe durch 14 Delegierte vertreten. Außerdem war auf jeder Konferenz ein Vertreter des Verbandsvorstandes anwesend. In beiden Konferenzen wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, durch den Verbandsvorstand eine Eingabe an den Verband der Oesterreichischen Porzellanfabriken in Karlsbad zu überreichen. In dieser soll gefordert werden, der Unternehmerverband möge durch einen Beschluß auf alle seine Mitglieder dahin wirken, die bisher gewährten Steuerzulagen auf mindestens 25 Prozent zu erhöhen. In der Eingabe wird anerkennend hervorgehoben, daß einige Porzellanfabriken Oesterreichs in letzter Zeit bereits aus eigenem Antriebe die Steuerzulagen auf 20 bis 25 Proz. erhöht haben. Es wird aber auch festgestellt, daß es immer noch Unternehmer in der österreichischen Porzellanindustrie gibt, die jedes soziale Verständnis vermissen lassen und bisher ihren Arbeitern noch nicht das geringste bewilligt haben. (Ganz wie bei uns. D. R.) Der Unternehmerverband wird ersucht, möglichst bis zum 10. Juni eine endgültige Antwort

Arbeitsmarkt.

Wie wir aus der „Ameise“ Nr. 23 vom 8. Juni gesehen, sind von der Firma Thomsberger & Hermann in Golditz sämtliche Leute wegen Kohlenmangel per 12. Mai gekündigt worden. Wir geben hiermit bekannt, daß wir sämtliche Leute für dauernde Beschäftigung in allen Abteilungen der Fabrikation und Expeditionen sofort einstellen können, auch kann für Unterkunft gesorgt werden.

Bewerbungen an

Steingutfabriken Velten Bordamm G. m. b. H.
Bordamm (Ostbahn).

Je ein tüchtiger

Garnierer und Sieber

zum sofortigen Eintritt in Dauerstellung gesucht.

Ludwig Wessel, Mt.-Gef.
Bonn a. Rhein.

Junger Maler für Ansichten kolorieren
sofort gesucht.

Stern-Porzellan-Gesellschaft m. b. H.
Tiefenfurt, Schlesien.

Formengießer

sucht dauernde Stellung in Porzellan-, Steingut- oder Terrakottafabrik.
Befl. Angebote erbeten an

Paul Martin, Althaldensleben,
Hundisburgerstr. 9.

**Tüchtigen Beherdreher,
Tüchtigen Hohlgeschir Dreher,
Tüchtigen Porzellanschleifer**

auf Maschinenscheibe stellt sofort ein

Porzellan-Manufaktur Burgau a. S., Ferdinand Selle
Burgau bei Jena.

Tüchtigen Aufglasmaler für Gold und Rosen
stellt sofort ein

Porzellan-Manufaktur Burgau a. S., Ferdinand Selle
Burgau bei Jena.

Wir suchen einen tüchtigen geschickten

Formengießer

zum sofortigen Antritt. Lohnansprüche sind anzugeben.

Steingutfabrik Golditz N.-G.
Golditz i. Sa.

Ein erfahrener Porzellandreher aus der elektrotechnischen Porzellanbranche, welcher seine Tätigkeit in derselben durch Zeugnisse nachweisen kann, wird als

erster Stanzer

für elektrotechnische Artikel gegen festen Wochenlohn zum sofortigen Antritt gesucht. Derselbe muß Arbeiterinnen anlernen können, dieselben beaufsichtigen und mit der Handhabung der Stanzen und Matrizen Bescheid wissen.

Porzellan- und kunstkeramische Fabrik Springer & Co.
G. m. b. H.
Neuhaldensleben.

Suchen tüchtigen, geübten

Schablonschneider

der auch einzurichten versteht, für dauernde Stellung, eventuell auch Kriegsinvalide.

Steingutfabrik Velten-Bordamm G. m. b. H.
Bordamm-Ostbahn.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malträufstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung
Oskar Rottmann, Stadtilm.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle Malträufstände zum Einschmelzen

kauft A. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8 II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Heransgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22

auf diese Eingabe an den Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes gelangen zu lassen. Zur Unterstützung der durch Kohlenmangel arbeitslos Gewordenen wurde beschlossen, den Verbandsvorstand zu ersuchen, kein Mittel unversucht zu lassen, um eine staatliche Unterstützungsaktion zur Durchführung zu bringen. Nachstehende Resolution wurde in beiden Betriebskonferenzen angenommen:

Die heute den 20. Mai 1917 tagende Betriebskonferenz bespricht in eingehender Debatte die gegenwärtigen unhaltbaren Arbeits- und Lohnverhältnisse in den einzelnen Betrieben und kommt zu der unabweislichen Ueberzeugung, daß die bisher von den Unternehmern gewährten Teuerungszulagen an die Arbeiter mit den bestehenden Lebensverhältnissen derselben nicht in Einklang zu bringen sind und, wie die hohe Sterblichkeitsziffer in unserer Arbeiterschaft beweist, dieselbe vielfach an Unterernährung zu Grunde geht.

Daher beauftragt die heutige Konferenz den Verbandsvorstand, sich unverzüglich mit dem Vorstände des Verbandes der Oesterreichischen Porzellanfabriken in Karlsbad in Verbindung zu setzen und unter Darlegung der gegebenen Verhältnisse eine entsprechende Erhöhung der früher gewährten Teuerungszulagen zu verlangen.

Die Konferenz nimmt von dem in Bildung begriffenen Kriegsverbande der Porzellanindustriellen Kenntnis und knüpft daran die Erwartung, daß neben den handelspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer auch die sozialen Notwendigkeiten der Arbeiter in Zukunft mehr als bisher Berücksichtigung finden.

Für die Arbeiterschaft erwächst aus diesen Vorgängen die absolute Pflicht, auch ihrerseits den Ausbau der Organisation unverzüglich mit aller Kraft in Angriff zu nehmen.

Die heutige Konferenz spricht weiter dem Verbande für seine rastlosen Bemühungen, den durch Kohlenmangel und andere Ursachen arbeitslos gewordenen Arbeitern eine dauernde Unterstützung aus staatlichen Mitteln zu verschaffen, sein vollstes Vertrauen aus.

Es wird weiter der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es bei fortgesetzten Bemühungen bei den kompetenten Stellen gelingen möge, eine entsprechende Belieferung unserer Betriebe mit Kohle zu erreichen, welche Maßnahme allein geeignet wäre, eine befriedigende Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten für alle Beteiligten herbeizuführen.

Sollte eine solche Regelung nicht erreichbar sein, soll getrachtet werden, die eingeleitete Unterstützungsaktion zu einem erfolgreichen Ende zu bringen, damit für die arbeitslose Arbeiterschaft wenigstens für die traurigsten Notfälle vorgesorgt ist. Diese Aktion, entsprechend ausgebaut und vereinbart, wäre auch geeignet, uns den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft bedeutend zu erleichtern."

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Die Zahlstellenversammlung am 16. Juni fällt aus.
Die Kollegen der Schilderbranche wollen beachten, daß jeden ersten Mittwoch im Monat Branchenitzung bei Wählich, Stalitzerstr. 22, stattfindet.
Die Verwaltung.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Germann Ludwig, Dreher, geboren am 2. Februar 1885 in Probstzella, an schwerer Verwundung durch ein Artilleriegeschloß gestorben am 13. Mai 1917. Mitglied der Zahlstelle Margarethenhütte. Seit dem Jahre 1902 unserem Verbande angehörend, hat sich der Verstorbene immer als ein überzeugter Anhänger unserer gewerkschaftlichen Sache betätigt, der mit großer Liebe an seiner Berufsorganisation hing. In den Reihen unserer Zahlstelle werden wir ihn noch oft vermiffen. Wir wollen sein Andenken damit am besten ehren, daß wir in seinem Sinne in unserer Organisation tätig sein werden.
Ehre seinem Andenken!

Sterbetafel.

Illmenau. Ottomar K-einteig, Ferner, geboren am 2. März 1863 in Thurgau, gestorben am 23. Mai an Lungenberstung. Mitglied seit 1905.

Felber. Hans Summe, Dreher, geboren am 30. September 1872 in Zell, gestorben am 2. Juni an Lungenleiden. Mitglied seit 1906.

Ehre ihrem Andenken!